

Linke Politik, die Welt und die Lausitzer Braunkohle

Dazu kann man viel neues erfinden. Es ist aber schon hilfreich, wenn wir unsere aktuellen Diskussionen wenigstens von den Positionen aus führen, die wir bereits erarbeitet haben. In unseren Programmatischen Eckpunkten der Partei DIE LINKE heißt es: „Wir streiten für die Einheit von sozialer, ökologischer und ökonomischer Nachhaltigkeit. Die nachhaltige Bewahrung und Wiederherstellung einer lebenswerten Umwelt ist eine zutiefst soziale Angelegenheit und zentrale Säule von Gerechtigkeit. Es sind die armen, benachteiligte Bevölkerungsschichten, die national und international am meisten unter Luftverschmutzung, Lärm, ungesunder Nahrung, Trinkwassermangel, dramatischen Klimaveränderungen sowie dem Preisanstieg knapper natürlicher Ressourcen zu leiden haben. Natur und Umweltzerstörung berauben künftige Generationen ihrer Lebensgrundlagen.“

Programmatisch setzen wir deshalb ein für einen „ökologischen Umbau der Energieversorgung. Vorrangiges Ziel ist eine Wende in der Energiepolitik hin zu dezentralen Strukturen, die Überführung der Netze in öffentliche Hand und die demokratische Kontrolle der Energiepolitik. Steigerung der Energieeffizienz, Senkung des Energieverbrauchs und strikte Ausrichtung auf erneuerbare Energien sind zur Lösung des Energieproblems notwendig. Bereits entwickelte Technologien, wie wasserstoffbetriebene Motoren (Brennstoffzellen – alternative Energien) sollen schnellstmöglich genutzt und finanziell gefördert werden. Ebenso sollen umweltfreundliche Neuentwicklungen ohne Rücksicht auf Kapitalinteressen sofort umgesetzt werden. Wir wollen einen beschleunigten Ausstieg aus der Atomenergie, lehnen neue Atomkraftwerke und den Export von Atomtechnik ab.“

Zu den in den „Nachbemerktungen“ aufgeführten offenen Fragen gehört u. a.: „In wie weit ist der Prozess der Globalisierung demokratisch und sozial gestaltbar, und welche Möglichkeiten hat nationalstaatliche Politik noch?“

Ich kann hier beim besten Willen weder „ökologischen Reduktionismus“ noch mangelnde Dialektik und erst recht keinen „ökologischen Kolonialismus“ ausmachen, der „den deutschen Kleinbürger, auch den in der Linkspartei“ auszeichnen soll. Ich glaube eher, dass wir unsere „Braunkohle-Debatte“ strikt auf dem Boden unserer programmatischen Ziele führen sollten, auf Spiegelfechtereien verzichten und eben nicht nach dem typisch kleinbürgerlichen Motto verfahren, das da lautet: Im Prinzip bin ich ja auch dafür, aber hier muss man das mal eben anders sehen.

Wenn wir zum Beispiel unsere Diskussion unter das Motto „global denken – lokal handeln“ stellen, müssen wir uns im Klaren sein, dass dies das Motto der Agenda 21 ist. Das verlangt dann aber auch, dass wir unsere Diskussionsergebnisse immer wieder auf genügend Schnittmenge mit den Zielen der Agenda 21 ab prüfen. Das halte ich für ein sehr gutes Korrektiv, denn es gewährleistet zugleich die Chance auf breite Partnerschaften mit den im Agenda-Prozess tätigen gesellschaftlichen Akteuren in unseren Städten und Gemeinden, so dass wir nicht Gefahr laufen, im eigenen Saft zu verschmoren.

Mit wem haben wir es zu tun?

Die in der nationalen, europäischen und globalen Energiewirtschaft herrschenden Akteure sind europaweit und global agierende Kohle- und Erdölkonzerne, Atommonopole und große Energieversorger. Diese die Energiewirtschaft dominierenden Kräfte sind zentralistisch und antidemokratisch. Sie sind verquickt mit der Rüstungsindustrie und dem Militär. Ihr Wirken ist zerstörerisch. Sie blockieren die Milderung und schrittweise Lösung des Klimaproblems, anderer ökologischer Fragen, die Überwindung von Hunger, Trinkwassermangel, Seuchen und Unterentwicklung.¹

Im Weißbuch des Bundesverteidigungsministeriums wird die Ressourcensicherung als Begründung für aktuelle und zukünftige Kriegseinsätze der Bundeswehr im Ausland nicht mehr geleugnet.²

Die rot-grüne Bundesregierung: Auf der einen Seite das Erneuerbare-Energien-Gesetz, die Förderung von Kraft-Wärme-Kopplung, des Vorrangs der Einsparung vor der Erzeugung; auf der anderen Seite die so genannte „Ökosteuer“, die eine sozial ungerechte Stromsteuer ist und keinerlei ökologische Lenkungswirkung erzielt.

Die schwarz-rote Bundesregierung: Auf der einen Seite will die Bundesregierung weltweit Vorreiter in Sachen Klimaschutz sein; auf der anderen Seite: Investitionen in den Neubau von Kohlekraftwerken, Reduzierung der Förderung erneuerbarer Energien, Schmusekurs mit der Atomlobby, Verhinderung des EU-Vorstoßes zur Reduzierung von Schadstoffen beim Autoantrieb.

Die EU: In Worten und Schlussfolgerungen beachtenswerte Ziele zur Senkung des Energieverbrauches, der Förderung erneuerbarer Energien, in der Entwicklungspolitik; in Taten zögerlich und den Interessen der Energiekonzerne und Lobbyisten unterworfen. Nichts desto trotz sind wir gut beraten, die ehrgeizigen Ziele der EU in den Weiß- und Grünbüchern der EU-Kommission aufzugreifen und ihre Umsetzung auf nationaler Ebene anzumahnen.

Die Landesregierung: Auf der einen Seite schmückt sie sich mit den Erfolgen und der internationalen Anerkennung des Potsdamer Klimaforschungs-Institutes, stellt mit dem Umweltbericht 2007 eine umfangreichen Potenzialanalyse für die Nutzung erneuerbarer Energien in Brandenburg vor; auf der anderen Seite will sie entgegen allen Klimazielen neue Braunkohlenkraftwerke und neue Tagebaue zulassen, obwohl die CO₂-Problematik bis zum Zeitpunkt der notwendigen Genehmigungsverfahren für die Tagebaue nicht gelöst sein wird; sie privilegiert den Braunkohlenbergbau weiter im Landeswassergesetz gegenüber jedem anderen Nutzer von Grundwasser durch Befreiung von Abgaben.

Wo wollen wir hin?

Gesellschaftliche Reformalternativen einer sozialistischen Partei müssen Vorschläge zur Umgestaltung der Energiewirtschaft zu einem besonderen Schwerpunkt haben

¹ Vgl. Demokratische und solidarische Energiewende – Herzstück des sozial-ökologischen Umbaus, Beiträge zur Wirtschaftspolitik, DIE LINKE 2007, S. 5

² Dr. Kirsten Tackmann (MdB) auf der Energiepolitischen Konferenz der LINKEN Brandenburg am 29. September 2007 in Cottbus, Dialog-Heft „Energiepolitik in Brandenburg“

und mit Konzepten für eine Vollbeschäftigung neuer Art, für die Überwindung von Armut und sozialer Ausgrenzung, für die Lösung von Ressourcenkonflikten, für eine verantwortungsvollen Außen- und Entwicklungspolitik und für eine Demokratisierung der Bundesrepublik, der EU und der internationalen Beziehungen verknüpft sein.

Für uns besitzt die Reduzierung des Energieverbrauches – die Energieeinsparung und Steigerung der Energieeffizienz – parallel zur Erschließung und Nutzung erneuerbarer Energien oberste Priorität für die erforderliche Veränderung der herrschenden Energiepolitik – in der Bundesrepublik, in der EU und weltweit. Wir engagieren uns für den Ausstieg aus der atomar-fossilen Energiewirtschaft. Auf der ersten Energiepolitischen Konferenz der PDS im Jahr 1996 in Hannover fasste Prof. Dieter Klein das in seinem Referat wie folgt zusammen: „Energieeinsparung + Sonnenenergie – das ist die Kurzformel für eine ökologische Energiewende.“³

Die notwendige Energiewende kann nur dann demokratisch eingeleitet werden, wenn zahlreiche Bürgerinnen und Bürger engagiert für Frieden und die zivile Lösung von Ressourcenkonflikten, für eine ökologische Energiewirtschaft und Vernunft im Umgang mit der Natur eintreten, für soziale und ökologische Struktur- und Regionalentwicklung, für Solidarität mit den global Schwächsten und Schwachen.⁴ Dazu gehört auch das Recht, über das Instrument von Volksinitiativen und Volksbegehren Anliegen im politischen Raum zu vertreten.

Fassen wir zusammen:

Dezentralisierung – Demokratisierung – Energieeinsparung – Sonnenenergie

Was tun wir dafür?

DIE LINKE setzt sich für eine Politik ein, die die Grenzen traditioneller ökologischer Reparaturpolitik überwindet und auf einen prinzipiellen Umbau der Gesellschaft zielt. 20 Prozent der Weltbevölkerung dürfen nicht länger 80 Prozent der Ressourcen verbrauchen.

Es ist nicht nur eine Effizienzrevolution in Produktion und Verbrauch notwendig, sondern auch die Abkehr von der Vorstellung, selbst oberhalb eines bestimmten Wohlstandes den Verbrauch immer weiter steigern zu können.

„Die Kämpfe der Zukunft werden wesentlich Kämpfe um neue Lebensweisen sein.“⁵

Auf nationaler und EU-Ebene fordert die LINKE, dass alle Regelungen, die atomare und fossile Energieträger subventionieren, abgelöst werden, dass eine Primärenergiesteuer eingeführt wird, die atomare und fossile Energieträger und Schadstoffemissionen belastet, hingegen umweltfreundliche dezentrale erneuerbare Energien privilegiert. Erneuerbare Energien und Kraft-Wärme-Kopplung sollen auch mit Vorzugsregelungen bei der Mehrwertsteuer begünstigt werden. Kredite der EU-Investitionsbank und der Europäischen Bank für Wiederaufbau sollen nicht für den Bau von Großkraftwerken und Hochspannungsleitungen sondern vorrangig für die Reduzierung des

³ Dieter Klein: Nachhaltige Entwicklung und Energiepolitik, Referat auf der Energiepolitischen Konferenz der PDS am 15./16. November 1996, Beiträge zur Wirtschaftspolitik, Nr. 4/96, S. 23f

⁴ Vgl. Demokratische und solidarische Energiewende – Herzstück des sozial-ökologischen Umbaus, Beiträge zur Wirtschaftspolitik, DIE LINKE 2007, S. 6

⁵ Vgl. Parteiprogramm der PDS von 2003, S. 20f

Energieverbrauches und der klimaschädlichen Emissionen sowie für die umweltfreundliche dezentrale Erschließung und Nutzung erneuerbarer Energien vergeben werden.⁶

Energieversorgung muss Aufgabe öffentlicher Daseinsvorsorge in den Kommunen bleiben. Das verlangt finanzielle und kommunalpolitische Rahmenbedingungen zum Erhalt von Stadtwerken und für Projekte der Energieeinsparung sowie der Nutzung erneuerbarer Energien in den Städten und Gemeinden. Wir fordern eine stärkere Unterstützung lokaler Initiativen im Rahmen der Agenda 21. Kommunen, die sich aus erneuerbaren Energien selbst versorgen oder dieses Ziel verfolgen, müssen stärker politische Anerkennung und Unterstützung erhalten.

DIE LINKE schlägt vor, dass Flächensanierung und Revitalisierung der Landwirtschaft mit dem Anbau von Energiepflanzen verbunden wird. Bäuerinnen, Bauern und Forstwirte sollen insbesondere durch die Nutzung von Biomasse zu Akteuren der solaren Energiewende werden können, wobei die Nutzungskonkurrenz zwischen Energie- und Nahrungsgüterproduktion durch geeignete Rahmenbedingungen verhindert werden muss. Biomasse-Großanlagen, für die die Rohstoffe über weite Entfernungen oder sogar aus fernen Ländern heran transportiert werden müssen, lehnen wir ab, weil sie den Klimazielen entgegenwirken. Auch für den Anbau von Energiepflanzen gilt das Prinzip der Nachhaltigkeit, besonders bezüglich der Produktionsfaktoren Wasser und Boden.⁷

Die Förderung von Solar- und Wasserstofftechnik soll regionale Wertschöpfungsketten und damit Beschäftigungsimpulse in KMU unterstützen. Dies gilt ebenso für die Entwicklung von Technik und Technologie zur Energieeinsparung. Beschäftigungswirksame Wiederaufforstungs- bzw. Waldumbauprogramme sind ebenso an der Tagesordnung wie die Nutzung der Geothermie und der Netzausbau für erneuerbare Energien. Diese stärker auf Dezentralisierung und Regionalisierung orientierte Politik hat in der Konsequenz auch eine andere Unternehmens- und Eigentumsstruktur zur Folge: Weg von Monopol- bzw. Oligopolstrukturen, hin zu Versorgungsnetzen in öffentlicher Hand mit diskriminierungsfreiem Zugang für dezentrale Erzeuger. – Ein echtes Politikum in der heutigen Gesellschaft dieser BRD.

Eine nachhaltige Energiewende beinhaltet auch eine nachhaltige Verkehrswende hin zu Vermeidung von Verkehr durch die Entwicklung und Stabilisierung regionaler Wirtschaftskreisläufe, Tempolimit, Verlagerung von Ferntransporten von der Straße auf die Schiene oder auf das Wasser, die Stärkung und teilweise sogar schon notwendige Revitalisierung des ÖPNV sowie deutliche und zwingende politische Rahmenbedingungen zur ökologischen Modernisierung der Antriebstechniken für Fahrzeuge.

Im Gebäudebereich, in dem Niedrigenergiebauweise zur Norm werden muss, die energetische Sanierung von Altbauten sowie die breite Anwendung von Kraft-Wärme-Kopplung zu Schwerpunktaufgaben der Wohnungswirtschaft werden, sind die Honorarordnungen für Architekten und Ingenieure sowie Regelungen für die Bauwirtschaft

⁶ Vgl. Demokratische und solidarische Energiewende – Herzstück des sozial-ökologischen Umbaus, Beiträge zur Wirtschaftspolitik, DIE LINKE 2007, S. 8

⁷ Vgl. Standpunkte LINKER Agrarpolitik zur BioEnergie, Arbeitspapier der BAG „Agrarpolitik und ländlicher Raum“, Berlin, November 2007

auf ihren Beitrag zur Energieeinsparung, Reduzierung der Schadstoffemissionen usw. zu prüfen und zu verändern.

Retten wir mit der Lausitzer Braunkohle den tropischen Regenwald?

Aus der eingangs zitierten Passage unserer programmatischen Eckpunkte lese ich heraus, dass mit unserem Streiten „für die Einheit von sozialer, ökologischer und ökonomischer Nachhaltigkeit“ z. B. auch die Menschen im Amazonasgebiet gemeint sein dürften, deren Lebensgrundlagen durch Brandrodung des tropischen Regenwaldes zugunsten von Palmölplantagen für Biokraftstoffe zerstört werden.

Die Energieressourcen in den armen Ländern des globalen Südens müssen so eingesetzt werden, dass sie zuerst den dort Lebenden zugute kommen. Das verlangt u. a. eine tiefgreifende Demokratisierung der internationalen Beziehungen und die Regulierung der sich verselbständigenden Finanzmärkte. Es darf nicht hingenommen werden, dass Rohstoff- und Energielieferungen in den globalen Norden dessen Ressourcenversorgung sichern sollen, während Hunger, Krankheit, Mangel an Trinkwasser, Naturzerstörung und Unterentwicklung für Millionen Menschen „Normalität“ bleiben.

Energieimporte sollen den Einstieg in sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung unterstützen und schnellstmöglich abgelöst werden. Die Importeure bzw. Importländer sollen sowohl gerechte Preise für die Energielieferungen zahlen als auch Aufwendungen und Kompensation für ihre Ablösung sowie für den Erhalt bzw. die Wiederherstellung der Regenwälder. Eine drastisch zu steigernde Entwicklungshilfe muss lokale Ressourcen und regionale Entwicklungspotenziale zur Befriedigung der Grundbedürfnisse der örtlichen Bevölkerung zum Ziel haben. Das bedeutet insbesondere, die Selbstversorgung mit Nahrungsgütern – und mit Energie aus erneuerbaren Quellen in diesen Ländern zu unterstützen.

Bis 2050 soll Energie weitestgehend aus erneuerbaren Quellen gewonnen werden. Die Potenziale dafür sind vorhanden, wie verschiedenste nationale und internationale Studien bezeugen. Sie müssen konsequent genutzt werden. Konfliktfelder auf dem Gebiet der Flächen- bzw. Nutzungskonkurrenz müssen dabei auf der Basis breiter demokratischer Konsensbildung auf regionaler Ebene ausgeräumt werden. Insbesondere in Ostdeutschland gilt es, eine enge Verknüpfung mit Strategien zur Lösung beschäftigungspolitischer und sozialer Probleme herzustellen. Neue technologische Entwicklungen wie Wasserstofftechnologien und andere Arten regenerativer Energien bieten die Chance, Ostdeutschland zu einem bedeutenden Standort für ökologische Energieerzeugung zu machen.⁸

Der Energiebedarf des Landes Brandenburg kann bis spätestens 2050 komplett aus erneuerbaren Quellen wie Wind, Sonne, Biomasse, Geothermie u. a. gedeckt werden, wenn diese Strategie mit Energieeinsparung und Effizienzsteigerung gekoppelt wird. Bei diesem neuen Energiemix hat der jeweilige Anteil der erneuerbaren Energieträger den Potenzialen des Landes Brandenburg zu entsprechen, um Nutzungskonkurrenz

⁸ Vgl. Demokratische und solidarische Energiewende – Herzstück des sozial-ökologischen Umbaus, Beiträge zur Wirtschaftspolitik, DIE LINKE 2007, S. 10

zur Nahrungsgüterproduktion zu verhindern sowie sozial und ökologisch kontraproduktive Importe zu vermeiden.⁹

Der Landesumweltbericht 2007 für Brandenburg, der im September zeitgleich mit den Vattenfall-Plänen veröffentlicht wurde, rückt noch einen weiteren Gesichtspunkt in die Betrachtung des Themas: „Neben der Ausweitung der Nutzung erneuerbarer Energien ist für Brandenburg vor allem die Senkung des Primärenergieverbrauches von Bedeutung. Bekannt ist, dass die den Primärenergieverbrauch in die Höhe treibende Kohleverstromung bis zum Jahr 2020 erheblich reduziert wird. Entsprechend den Verordnungen zum Braunkohlenplan Tagebau Cottbus-Nord bzw. Jänschwalde werden dort die Braunkohlenförderungen in den Jahren 2015 bzw. 2019 beendet. Dies bedeutete zunächst eine Verringerung der Braunkohlenförderung um 26 Mio. t. Über die Zukunft des Kraftwerkes Jänschwalde ist gegenwärtig nichts bekannt. Zu diesem Zeitpunkt besteht für das Land Brandenburg die Chance, seine klimagasbelasteten Stromexporte zu minimieren. Gleichzeitig entsteht für die anderen Bundesländer die Möglichkeit, die Energieversorgungsstruktur in ihren Ländern nach den jeweiligen politischen Prioritäten eigenständig umzusetzen.“¹⁰

Wenn man davon ausgeht, dass die anderen Bundesländer, auch die anderen EU-Mitgliedsstaaten ähnliche Potenziale für die Nutzung erneuerbarer Energien aufweisen, ergibt sich zwingend die Frage: Wo wird der Lausitzer Braunkohlenstrom dann noch gebraucht?

Wenn die technische und technologische Entwicklung, einschließlich der erforderlichen Speichertechnologien eine vollständige Versorgung aus erneuerbaren Energien möglich macht, warum soll dieses know how dann nicht auch aus Brandenburg heraus in andere Länder exportierbar sein?

Das heißt, es geht nicht darum, in Brandenburg – oder noch enger in der Lausitz – eine „Insel der Glückseligen“ zu schaffen, sondern es geht um echte Impulse aus der Region und aus dem Land für eine solare Energiewende in andere Regionen und Ländern. Die politische Herausforderung besteht dabei nicht nur darin, die Lausitz zu einer tatsächlich innovativen Energieregion zu entwickeln, sondern damit verbunden einen regionalen Strukturwandel zu forcieren, der dem Motto der jüngsten DGB-Lausitzkonferenz (Großräschen, 20. November 2007) folgend „gute Arbeit durch erneuerbare Energien“ zum Ziel hat. Damit würden auch die sozialen Ängste, die derzeit besonders durch die IGBCE geschürt werden, gegenstandslos. - Hier steht Politik in der Verantwortung, erst recht linke.

⁹ Thesen zur Energiekonferenz am 29./30. September 2007, Dialog-Heft „Energiepolitik in Brandenburg“, S. 9

¹⁰ Umweltdaten aus Brandenburg, Bericht 2007 des Landesumweltamtes, S. 144 – Es ist zu vermuten, dass genau wegen dieser die Braunkohlenpläne der Landesregierung und Vattenfalls unmittelbar betreffenden Aussage die ursprünglich für den 25. September 2007 vorgesehene Verkündung der Vattenfall-Pläne vor dem Braunkohlenausschuss in fieberhafter Überstürzung auf den 18. September 2007 im Haus der Kreisverwaltung vorverlegt wurde – einen Tag vor die Veröffentlichung des Landesumweltberichtes. Medienpolitisch eine ausgezeichnete Arbeit.

Die Lausitz ohne Braunkohle?

Für einen solchen Strukturwandel in der Lausitz steht mit den jetzt laufenden und genehmigten Tagebauen und deren Kraftwerkskapazitäten ein Zeitfenster von ca. 30-40 Jahren zur Verfügung.

Die spannende Frage der Gegenwart: Ist das in dieser Zeit machbar oder nicht?

Zur Erinnerung: In unseren Dokumenten zur Energiepolitik aus der zweiten Hälfte der 90er Jahre sprachen wir von einem Zeithorizont von 25-30 Jahren.¹¹ Davon ist ein Jahrzehnt bereits verstrichen. Wir sind also gerade dabei, unsere eigenen Prognosen nach oben zu korrigieren.

Welche Gründe kann man für diese Prognosekorrektur heranziehen?

Zum einen haben sich unsere mutigen Erwartungen hinsichtlich einer solaren Energiewende nur zum Teil bestätigt. Zwar hat besonders seit Einführung des EEG unter Rot-Grün der Ausbau von Kapazitäten für erneuerbare Energien alle Erwartungen übertroffen, selbst in Brandenburg. Aber inzwischen sind andere Regionen des Landes als Erneuerbare-Energie-Regionen bereits wesentlich weiter voran geschritten als die Lausitz, insbesondere ihr braunkohleabhängiger Spree-Neiße-Kreis. Sogar innerhalb der Lausitz treten inzwischen deutliche Unterschiede auf. Während die durch die Einstellung des aktiven Bergbaus gleich nach der Wende besonders hart betroffenen Gebiete der Kreise Oberspreewald-Lausitz und Elbe-Elster inzwischen Ansiedlungs- und Entwicklungsimpulse sowohl im Bereich der Erzeugung erneuerbarer Energien als auch im Bereich des Geräte- und Anlagenbaues von Energietechnik verzeichnen können, bleibt die Entwicklung von Alternativen für Wachstum und Beschäftigung im Spree-Neiße-Kreis immer wieder stecken. Ein auch nach außen erkennbares Profil außerhalb und unabhängig von der Braunkohle ist nicht erkennbar. Das wurde letztlich durch die deutlich negativen Bewertung im jüngsten „Zukunftsatlas 2007“ der PROGNOS AG bestätigt.¹²

Zum anderen müssen wir uns eingestehen, dass wir selbst zwar bis zum Lausitzkongress der PDS Sachsen und Brandenburg im Herbst 2000 eine gute und intensive, auch öffentlich wahrnehmbare Politik für den Strukturwandel in der Lausitz betrieben haben, dann aber die personelle und inhaltliche Kraft nicht mehr ausreichte, um nach dem Kongress diesen öffentlichen Druck fortzusetzen. Erst mit den letzten Landtagswahlen und der Leitbilddebatte über ein Brandenburg der Regionen, ist die Zukunft der Lausitz wieder stärker in den Blickwinkel linker Politik gerückt.

¹¹ Dieter Klein: Nachhaltige Entwicklung und Energiepolitik, Referat auf der Energiepolitischen Konferenz der PDS am 15./16. November 1996, Beiträge zur Wirtschaftspolitik, Nr. 4/96, S. 28f

¹² Auf den Internetseiten der Landkreise Oberspreewald-Lausitz und Elbe-Elster sind die Untersuchungsergebnisse aus dem „Zukunftsatlas 2007“ nachlesbar, nicht so auf der Seite des Spree-Neiße-Kreises. Der Beschäftigtenanteil der „Wachstums- und Leitbranchen“ beträgt im Land Brandenburg 7% (Wachstumsbranchen) und 16% (Leitbranchen), zusammen 23%. Das liegt unter dem Durchschnitt der neuen Bundesländer (10% / 16% = 26%). Im Oberspreewald-Lausitz-Kreis sind 13% in Wachstums- und 22% in Leitbranchen beschäftigt (zusammen 35%). Im Elbe-Elster-Kreis betragen die Anteile 9% bzw. 13% (zusammen 22%). In Cottbus sind es 1% und 20% (=21%). Im Spree-Neiße-Kreis sind es gerade mal 8% bzw. 9% (zusammen 17%).

Schlussendlich darf man heute mit dem Blick auf die seit der Wende verstrichenen Jahre feststellen, dass es auch ein Versagen von Landespolitik gegenüber den Zukunftserwartungen der Lausitz gibt. Untätigkeit, Aussitzen, Lobbyismus für den Berlin-nahen Raum, Ideenlosigkeit und die unvorstellbare Verschwendung von öffentlichen Geldern in beschäftigungspolitisch wirkungslosen Großprojekten – das sind nur einige Hemmschuhe der vergangenen Jahre. Die Ideenlosigkeit findet nunmehr ihren Gipfel darin, dass man sich in Potsdam für die Lausitz offensichtlich nur eine Zukunft vorstellen kann: für die Braunkohle weiter untergepflügt zu werden. Und dafür schickt man dann seine Kavallerie in die Provinz, damit dort auch ja alle schön still halten und kuschen: Was wir nur wollen?! Es gibt doch genug Arbeit hier in der Region! Wir müssen nur der Weiterführung der Braunkohlenverstromung zustimmen! Und für den Rest wird man doch bestens entschädigt – durch Vattenfall.

Nun stehen wir also in zweierlei Hinsicht vor Entscheidungsfragen:

1. Wollen wir unseren kleinen regionalen Beitrag zu einer solaren Energiewende weltweit leisten – oder sehen wir da andere erst einmal in Vorleistung?
2. Wollen wir, dass aus der Lausitz auch noch etwas anderes kommt außer Braunkohlenstrom – oder wollen wir auch noch in 30 Jahren an dieser Monostruktur hängen.

Wie oft noch kann man das Zeitfenster nach hinten verschieben, bevor es zu spät ist? Nach der offiziellen Beschlusslage in der LINKEN Brandenburg haben wir es gerade um mindestens ein Jahrzehnt nach hinten verschoben. Und das ist einigen immer noch zu kurz.

Klammern an die CO₂-Abscheidung?

Das ist ein Kapitel für sich. Deshalb hier nur kurz.

Die Frage der technischen Machbarkeit ist das eine, was noch relativ unklar ist. Die Frage des zusätzlichen Energiebedarfs und der zusätzlichen Kosten (was sich im Strompreis niederschlägt), ist die andere Seite, über die man sich weitgehend ausschweigt oder, wenn es sein muss, in vagen Zahlen „von – bis“ verliert. Warum? Weil genau an diesen Fragen die Akzeptanz von Otto-Normalverbraucher hängt.

„Wir müssen damit leben, dass Energie in Zukunft ein Luxusgut sein wird.“ – So hörten wir es von Prof. Dähnert (Vattenfall) während unserer Diskussionsrunde am 10. September 2007 in der Geschäftsstelle in Cottbus. Dürfen da für LINKE nicht Alarmglocken klingeln?!

Energie als Daseinsvorsorge oder Energie als Luxusgut ...

Wo verortet sich linke Politik?

Das scheint mir auch eine Gretchenfrage zu sein, auf die die Wählerinnen und Wähler vor der Kommunalwahl 2008 von uns eine Antwort haben möchten.